



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918**

**Deutsches Reich / Auswärtiges Amt**

**Berlin, 1924**

VI. Wilsons erste Antwort und die Erwiderung darauf

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76957](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76957)

VI

Wilson's erste Antwort  
und die Erwiderung darauf

6



10  
Königliche Bibliothek  
Paderborn



**Wilson's erste Antwort\*)**

Angekommen: 10. X., 7 Uhr 40 vorm.

Staatsdepartement, 8. Oktober 1918

Mein Herr! Ich habe die Ehre, im Namen des Präsidenten den Empfang Ihrer Note vom 6. Oktober zu bestätigen, die die Mitteilung der deutschen Regierung an den Präsidenten einschloß, und ich bin von dem Präsidenten beauftragt, Sie zu bitten, dem deutschen Reichskanzler folgende Mitteilung zu machen.

Ehe er auf das Ansuchen der Kaiserlich Deutschen Regierung antwortet und damit die Antwort so richtig und gradsinnig erteilt wird, wie die wichtigen Interessen, die darin eingeschlossen sind, es erfordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern.

Meint der Herr Reichskanzler, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt und daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?

Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlage eines Waffenstillstandes zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden sind, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube jeder Diskussion würde andererseits von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen.

Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkt aus für außerordentlich wichtig.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung.

gez. Robert Lansing

\*) Anmerkung bei der Herausgabe: Die Noten aus Washington wurden auf verschiedenen Wegen gleichzeitig übermittelt. Die offizielle Mitteilung durch die Schweiz kam aus technischen Gründen meistens zuletzt an.



**Besprechung beim Reichskanzler**  
Protokoll

Berlin, den 9. Oktober 1918

Anwesend:

Reichskanzler,  
von Payer,  
Ludendorff,  
Scheüch,  
Heye,  
von Haeften,  
von Winterfeldt,  
von Hintze,  
Solf,  
Graf Rödern,  
Lewald,  
Scheidemann,  
Wedel, Wien,  
Groeber,  
Erzberger,  
von Radowitz,  
Deutmoser,  
Friedberg

Reichskanzler begrüßt General Ludendorff. Verhandlungsgegenstand: Antwort auf Wilson.

Ludendorff \*): Krieg 1914 brachte schwierige Lage. Große feindliche Ueberlegenheit. 1916, bei Hindenburgs und Ludendorffs Berufung besonders schwierige Lage durch Rumäniens Eingreifen. Starke Kräfte blieben durch Krieg im Osten gefesselt. Damals auch Somme-Schlacht. Munitionsnot. Deshalb große Bemühungen und Abhilfe. Hindenburg-Programm. Erhöhte Arbeiter- und Ersatzgestellung. Dienstpflicht weiter ausgedehnt. Hilfsdienstgesetz.

1916 ging zu Ende mit Aussicht auf große feindliche Ueberlegenheit in Ost und West. Schwere Sorgen. Einziges Mittel, Westfront zu halten, war U-Boot-Krieg. Feldmarschall und Ludendorff deshalb dafür. Ferner Frontzurücknahme. April—Mai Arras-Schlacht. Große Verluste. Aber erfolgreiche Abwehr. Rußlands Zusammenbruch erleichterte uns dann auch direkte Unterstützung Oesterreich-Ungarns, das 12. Isonzo-Schlacht nicht auszuhalten drohte. Auch an Westfront Offensivmöglichkeit. Vorher aber im Osten Rücken frei zu machen. Englisch-bolschewistische Entente-front

\*) Anmerkung bei der Herausgabe: General Ludendorff hat das Protokoll im einzelnen nachträglich als ungenau bezeichnet und Ergänzungen gegeben. (Das Verschieben der Verantwortlichkeit S. 85.)



zu verhindern. Homburger Besprechung: Weit nach Norden gehend (Finnland), um England von Petersburg fern zu halten. Auch Verpflegungsnot. Zwang, weit nach Osten zu gehen. Ukraine gab wertvolle Rohstoffe. Verzögerte Bildung bolschewistischer Front. Frühjahr 205 Divisionen im Westen, 32 im Osten, letztere nicht kampfkraftig. Front im Osten ganz dünn. Oberost nicht mehr sicher, Bolschewismus vom besetzten Gebiete fernhalten zu können.

Was im Westen zu tun? Im Frühjahr bei uns Ueberlegenheit von 20 bis 25 Divisionen. Offensive nötig, um Bundesgenossen zu fesseln und womöglich vor Eintreffen der amerikanischen Massen im Westen zu siegen.

Friedensangebot lag damals nicht vor. Offensive sollte Gegner friedensbereit machen. So noch im Juni. Hoffnung blieb unerfüllt.

Gründe: Massenanwendung von Tanks, Grippe, Kartoffelmangel bei uns. Bis 8. August trotzdem Kriegslage gut. Da aber sechs bis sieben Divisionen in zwei bis drei Stunden im Nebel überrannt. Empfindliche Bruchstelle. Hartnäckig weitere Angriffe. In letzten Monaten fehlen uns monatlich 70 000 Mann. Höchste Tapferkeit von Offizier und Mann. Berichte erregen tiefste Rührung. Große Frage, ob noch Menschennachschub zu haben.

April und Juni bat Oberste Heeresleitung um mehr Ergänzung. Besprechung im August ging ebendahin, Entscheidendes kam aber nicht zustande. Ob noch möglich, muß Kriegsminister wissen. Materialersatz ist gesichert, aber Leute fehlen. Tankangriffe sehr gefährlich. Seit 8. August hat Oberste Heeresleitung dem Reichskanzler erklärt, sie sei nicht mehr in der Lage, den Krieg positiv zu beenden durch Waffenschlag, der Feind friedenswillig macht. Anfang September neutrale Friedensvermittlung von Oberster Heeresleitung angeregt\*). Dann Zusammenbruch Bulgariens.

Noch im Juni glänzender Eindruck der Bulgaren. Sprachkenntnis erschwert Eindringen in bulgarische Psyche. Scholtz hat viel für bulgarisches Heer getan. Aber bulgarische Generale haben Radoslawow gestürzt und Heer verhetzt. Regierung dann an Entente gewandt. Bulgarische Oberste Heeresleitung versagte Ablösung schlechter Divisionskommandeure. Wir drehten fünf Divisionen zur Deckung Südostfront Oesterreich-Ungarns ab.

Entente kann sich durch Bulgarien gegen Kospoli wenden. Türken sammeln sich bei Tschataldscha. Wir ließen Zuzug von Krim kommen. Türkei wird ausfallen. Wir werden Südostfront der Monarchie halten können. Sind aber nicht imstande, Donau und Rumänien zu sichern. Rumänien militärisch mit Kräften, die wir vertragsmäßig dort haben, nicht zu halten. Wie hoch ist bolschewistische Gefahr zu schätzen? Davon hängt es ab, ob wir Ukraine aufgeben können, um Front zu kürzen und einige Divisionen für Donau frei zu machen. Militärisch ist Rumänien mit unsern jetzigen Kräften nicht gegen Anmarsch von Süden zu halten. Dort nur Serethlinie zu halten. Dort nur alte Leute. Wollen wir Rumänien halten, so müssen wir

\*) Vgl. Nr. 4.



wissen, wie groß bolschewistische Gefahr eingeschätzt wird. Wir könnten aus Ukraine einige Divisionen nach Rumänien bringen, aber dann können wir militärisch uns gegen Bolschewismus nicht mehr schützen. Nicht wahrscheinlich, daß mehr wie vier bis fünf Divisionen aus dem Osten nach Westen gebracht werden können.

Im Westen entscheidet Mannschaftsmangel. Lage ernst. Gestern schwerer Tag. Einbruch der Engländer bei St. Quentin. Alle Pläne der Entente nicht gelungen; vorbereitetes Kavalleriekorps nicht zur Entwicklung gekommen. Wir haben aber zurückgehen müssen. Die Divisionen sind nicht mehr kampfkraftig.

(Erläutert die Karte.)

Wir wollen lieber zurückgehen, als uns schlagen lassen. Wir ziehen uns immer mehr zusammen. Reichskanzler hat Fragen gestellt (bezieht sich auf Schreiben des Reichskanzlers vom 8. Oktober 1918\*). Es ist schwer, solche Fragen zu beantworten, kann nur pflichtgemäß geschehen.

Frage 1: Grenze der Westfront weit ab, können wir lange schützen. Angriffe in Lothringen möglich, Gefahr für lothringische Grenze sehe ich nicht. Wegen Holland sehe ich keine Gefahr, da Truppen, die etwa übertreten, interniert werden würden.

Frage 2: Gefahr des Durchbruchs besteht immer. Engländer hätten beim ersten Tankangriff durchbrechen können.

Frage 3: Ja, nur Großangriffe gefährlich.

Frage 4: Wenn Angriff eingestellt, ist Gefahr beseitigt.

Frage 5: Uns fehlen im Moment 70 000 Mann. Material ist genügend da.

Frage 6: Wir brauchen eine Pause dazu, dann können wir uns wieder konsolidieren.

Frage 7: Nein.\*\*\*) Ich verspreche mir trotz Menschenmangels von *levée en masse* nichts. Wir wollten immer Erhöhung der Arbeitsleistung. Ich kann nicht beurteilen, ob Drückeberger gefaßt werden können. Nach Ansicht der Obersten Heeresleitung sollte das G.-v.-System aufhören; jetzt will G.-v.-Mann nicht kämpfen. Wir können durch schärferes Zufassen in der Heimat mehr Leute bekommen. *Levée en masse* würde mehr zerstören, als man vertragen kann.

Sollen noch andere Generale gehört werden? Dankbar für Entlastung, aber sicher, daß andere Führer so denken wie ich. Ich habe wegen Friedensschritt mit Kuhl, Loßberg, Schulenburg gesprochen. Sie stimmten zu. Uns ist der Entschluß schwer geworden, aber wir schwankten nicht, als wir unsere Pflichten erkannten. Kommission nicht nötig. Oberste Heeresleitung kann auch diese Verantwortung allein tragen.

Oberst Heye: Ich gehöre der Obersten Heeresleitung seit vier Wochen an. Glaube, daß wir so, wie Ersatzlage ist, nicht mehr mit Sicherheit auf gute Kriegsdurchführung rechnen können. Es wäre Hasard-

\*) Oben Nr. 36.

\*\*) Im Original gesperrt.



spiel der Obersten Heeresleitung, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigte. Es kann\*) sein, daß wir bis zum Frühjahr halten. Es kann aber auch jeden Tag eine Wendung kommen. Gestern hing es an einem Faden, ob Durchbruch gelang.

Dringende Bitte, nicht von Nervosität zu sprechen. Schritt zum Frieden, noch mehr zu Waffenstillstand, ist unbedingt notwendig. Truppe hat keine Ruhe mehr. Unberechenbar, ob die Truppe hält oder nicht. Jeden Tag neue Ueberraschungen. Ich fürchte nicht eine Katastrophe, sondern möchte Armee retten, damit wir während der Friedensverhandlungen sie noch als Druckmittel haben.

Armee braucht Ruhe. Hat sie die und gewinnt sie neuen Ersatz, so kann sie auch wieder neue Leistungen zeigen.

Ludendorff: Verteidigung ist teurer als der Angriff. Am 27. Mai haben wir bei Offensive 60 bis 70 000 Mann verloren, ebensoviel Gefangene machten wir. Dazu kommen die feindlichen sonstigen Verluste. Also minus zu unseren Gunsten.

Zur Räumungsfrage:\*)

Wir haben im besetzten Gebiete ungeheures Material. Nach Ueberschlag dauert Räumung zwei bis drei Monate bei Fußmarsch (bei Fahren länger\*). Armee muß schlagfertig bleiben. Kann also nur abschnittsweise zurück. Steht sie an Grenze, so kann sie jeden feindlichen Angriff abwehren. Bedenklich nur Fliegergefahr für Industriegebiet. Also anstreben, daß nach Belgien nur belgische Truppen folgen. Die Forderung, Metz zu räumen, wäre gegen unsere militärische Ehre.

Reichskanzler: Sollen Verhandlungen mit Entente scheitern, wenn auch französische oder englische Truppen nach Belgien gehen?

Ludendorff: Nein.

Reichskanzler: Wie steht es mit Anspruch auf Räumung des besetzten deutschen\*) Gebietes durch den Feind?

Ludendorff: Hängt von Frontlage ab.

Reichskanzler: Gleich Waffenstillstand oder Waffenruhe?

Ludendorff: Waffenstillstand. Frage betreffend Bolschewicki: Gut, solchen Druck ausüben.

Schlußfrage: Zwei bis drei Monate.

Wir sind in der Lage, Grenzen zu halten. Wir können deutsche Festungen nicht übergeben. Gegenforderungen müssen wir stellen.

Rödern: Zur Frage Gefahrpunktes. Ist Witterung so, daß Feind zum Winter Großangriffe einstellen muß?

Ludendorff: Winterschlachten sind möglich. Witterung allein ist keine Hinderung, wohl aber Erschöpfung.

Rödern: Was können wir mitnehmen bei Rückzug?

\*) Im Original gesperrt.



Ludendorff: Ganz bestimmte Angaben nicht möglich, aber wohl viel Material zu retten.

Rödern: Würde bei kürzerer Frist des Rückzuges viel wertvolles Material zurückbleiben?

Ludendorff: Ja, vielleicht durch neutrale Offiziere einiges zu retten. — Wir wollen Land an die französischen und belgischen Behörden ordnungsgemäß übergeben. Einwohner wollen jetzt schon weg.

Reichskanzler: Wie können wir Zerstörungen verhindern?

Ludendorff: Befehl schon gegeben, Wohnungen nicht zu zerstören. Bergwerke werden nur unterbrochen, nicht zerstört.

Reichskanzler: Lille?

Ludendorff: Noch nicht beschossen, trotzdem läuft Bevölkerung weg. Wir werden es nicht zerstören bei Rückzug.

Friedberg: Eisenbahnmaterial?

Ludendorff: Wir hoffen Großmaterial zu retten.

Erzberger: Materialübergewicht der Entente?

Ludendorff: Tanks, ja, auch mit Kraftwagen überlegen. Hoffe im Frühjahr 600 Tanks zu haben. Glaube nicht, daß sonstige Ueberlegenheit gefährlich.

Scheidemann: Stimmung im Heer? Divisionsbefehle der 41. Division.

Ludendorff: 8. August war schwarzer Tag in der Geschichte. Schlag für die Führung. Truppe hatte Grippe, keine Kartoffeln. Ernährung war schlecht, damals Stimmung schlecht. Jetzt gebessert. Damals Mannschaften aus der Etappe geholt. G.-v.-Leute haben Geist verdorben. Daher auch viel Gefangene. Jetzt hat man das Gefühl besseren Geistes.

Rödern: Zweifelhaft, ob wir Donaufront halten können. Dann Gefahr des Aufhörens der Oelversorgung. Wie sind Bestände?

Ludendorff: Marine 10 Monate, Heere für Luftzeuge 2 Monate.

Erzberger: Sind die fehlenden 70 000 Mann auch in Wintermonaten nötig?

Ludendorff: Zum Auffrischen der Divisionen brauchen wir sie.

Scheüch: Ersatzmöglichkeiten. Im Herbst wurden von Oberster Heeresleitung 200 000 Mann einmalig und pro Monat 140 000 Mann gefordert. Zur Deckung: Genesende 60 000 monatlich, Zurückkehrende, Gefangene usw. 50 000 einmalig. Jahrgang 1900 250 000, die aber zum Teil noch in der Industrie gebraucht werden.

Ludendorff: Der Ersatz ist zum Teil schlechten Geistes.

Scheüch: Es wird in der Heimat noch mehr ausgekämmt. Kommissionen bringen noch mindestens 60 000 in sechs Monaten. Desgleichen aus der Etappe 40 000. Kriegsfreiwillige Russen 10 000 Mann (?). Auskämmen aus der Industrie sehr schwierig. Aus Post und Eisenbahn 20 000.



Nachmusterung und Auslandsdeutsche 5000. Insgesamt 950 000, also Fehlbetrag gegen Forderung der Obersten Heeresleitung. Kriegsministerium sucht nach Möglichkeiten.

1. Erhöhung der Arbeitsleistung. Diese bis auf 70 v. H. im besten Fall reduziert. Verbesserung nur durch Ernährung zu erreichen. Versuch mit Zuweisung von Nahrungsmitteln an die Betriebe.

2. Drückebergern gehen wir nach durch Kontrolle jeder Art. Kriegsgesellschaften schon stark ausgekämmt. Täuschung immer möglich, aber hoffe Zahl zu drücken.

3. G.-v.-Beseitigung ist gefährlich, bringt schlechtes Material an die Front. Aertzliche Anforderungen sind jetzt schon verschoben. Aenderung ist gefährlich. Rathenau. *Levée en masse*. Frage der Ausdehnung der Wehrpflicht denkbar größte Anspannung.

Scheüch: *Levée en masse*: jeder Mann soll dienen, jede Frau soll arbeiten. Hilfsdienstgesetz genügt, um das Arbeiten jedes Mannes sicherzustellen. Im Frühjahr wurde Verlängerung der Wehrpflicht beantragt (bis 60. Lebensjahr). Ergebnis wäre minimal. Rathenau sträubt sich energisch gegen dieses Verfahren. Er will ein großes *Freiwilligenheer*\*). Ich glaube, daß die Methode ebenfalls nicht zu Erfolg führen kann.

Ludendorff (auf Anfrage Erzberger): Die 70 000 pro Monat sind ohne Berücksichtigung des feindlichen Zuwachses berechnet. Wir brauchen etwas zur Hebung des nationalen Schwunges\*).

gez. Deutelmoser

---

\*) Sperrungen im Original.



**Besprechung beim Reichskanzler**

Protokollauszug

Berlin, den 10. Oktober 1918

v. Payer: Stresemann hat wegen Räumungsfrage angeregt, neben Oberster Heeresleitung auch Armeeführer zu fragen.

Reichskanzler: Ich habe dasselbe Schreiben erhalten.

v. Payer: Gestrige Erklärung Ludendorffs muß fixiert werden. Besonders die Befragung von Kuhl, Loßberg und Schulenburg.

Erzberger: Schreiben Stresemanns Ludendorff mitteilen. In Berlin zirkulieren Briefe General Hoffmanns, wonach Westfront zu halten sei . . . Diese Sache muß geklärt werden. War Generalstabschef bei Tannenberg. Manche Leute glauben, Hoffmanns Urteil sei sicherer als das von Ludendorff. Also Ludendorff bitten, Hoffmann anzuhören.

Solf und Röder: Dann würde Ludendorff gehen, lieber Hoffmann privatim kommen lassen.

In der folgenden Beratung über den Text der Note erklärt

Solf: Note zerfällt in drei Teile.

1. Punkt: Ja.

2. Punkt: Es ist gestern nicht zum Abschluß gekommen. Ich habe Ludendorff gefragt: Können Sie noch drei Monate die Front halten? Ludendorff hat gesagt: nein.\*) Daher wollen wir prinzipiell eingehen auf Räumung.

3. Punkt wird leicht zu beantworten sein.

Reichskanzler: Hat sich Auswärtiges Amt auf den Standpunkt gestellt, daß wir ohne Gegenforderung räumen?

Solf: Nein. Wir wollen das den Verhandlungen überlassen.

Reichskanzler: In die Note soll nichts, was kompliziert.

Reichskanzler: Frage, ob Ostafrika einzubeziehen ist?

Solf: Ja, nach Möglichkeit.

v. Payer: Wir dürfen die Oberste Heeresleitung nicht von ihrer Verantwortung entlasten.

---

\*) Im Original gesperrt.



Nr. 39a\*)

### *Aufzeichnung der Obersten Heeresleitung*

10. Oktober morgens

Feldmarschall läßt Entwurf zu einem Telegramm an Seine Majestät und einem Telegramm an Reichskanzler für Exzellenz Ludendorff durchtelefonieren, um dahin zu wirken, daß keine entwürdigende Antwort an Wilson erteilt wird.

10. Oktober, 12 Uhr 50 nachmittags

1. Exzellenz Ludendorff rät von der Absendung der Telegramme ab. Sieht Lage erheblich gespannter an.  
Zur Räumung werden wir grundsätzlich zustimmen müssen.
2. Entwurf für militärischen Teil der Antwort an Wilson wird durch Fernsprecher durchgegeben.

---

\*) Neu aufgenommen.



Nr. 39b\*)

**Der Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Vertreter  
des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier  
Legationssekretär Freiherrn von Berckheim**

Telegramm

Abgegangen: 11 Uhr 45 nachm.

Berlin, den 11. Oktober 1918

Bitte General Ludendorff zu sagen, daß ich ihm für umgehende Beantwortung meines ihm hier ausgehändigten Schreibens vom 8. Oktober betr. militärische Lage dankbar wäre. Ich lege Wert darauf, bis morgen mittag im Besitze der Antwort zu sein.

Reichskanzler

---

\*) Neu aufgenommen.



Nr. 40

**Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf  
an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Haupt-  
quartier Legationssekretär Freiherrn von Berckheim**

Telegramm

Abgegangen: 3 Uhr 30 nachm.

Berlin, den 11. Oktober 1918

Bitte umgehend Oberster Heeresleitung nachstehenden Entwurf der Antwortnote an Wilson mitteilen und Zustimmung zum dritten Absatz sofort telephonisch und drahtlich mitteilen.

„In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die Deutsche Regierung:

Die Deutsche Regierung hat alle Bedingungen angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Nach Eintritt in die Verhandlungen wird sie lediglich die Einzelheiten ihrer praktischen Anwendung erörtern.

Die Deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der österreich-ungarischen Regierung bereit, sofort das Gebiet der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte zu räumen. Ferner willigen beide Regierungen ein, ihre Truppen jederzeit aus dem übrigen besetzten Gebiet zurückzuziehen. Die Deutsche Regierung stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer Kommission der beteiligten Mächte herbeizuführen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige Deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen des deutschen Volkes.“

gez. Solf



Nr. 41

**Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationssekretär Freiherr von Berckheim an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 8 Uhr 30 nachm. — Angekommen: 9 Uhr 15 nachm.

Großes Hauptquartier, den 11. Oktober 1918

Dringend

Der Generalfeldmarschall stellt seine Bedenken gegen den dortigen zweiten Vorschlag zur Antwortnote an Wilson zurück. Der vom Feldmarschall genehmigte Entwurf folgt nachstehend zu Euerer Exzellenz Kenntnis. Der Feldmarschall hat gerade auf den ersten Satz dieses Entwurfs besonderen Wert gelegt, auch darauf, daß die Friedensverhandlungen *s o f o r t*\*) beginnen, um uns eintretendenfalls nicht erst an unserer Grenze dem Feinde auszuliefern. Der Entwurf des Feldmarschalls lautet:

„Die Deutsche Regierung nimmt an, daß auch die andern beteiligten Regierungen sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen, und daß die Verhandlungen unverzüglich beginnen.

Unter dieser Voraussetzung erklärt sich die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der österreich-ungarischen Regierung grundsätzlich bereit, das Gebiet der mit den Vereinigten Staaten verbündeten Mächte zu räumen, sie setzt ferner voraus, daß aus Gründen der Menschlichkeit und im Interesse der Bevölkerung des zu räumenden Gebietes sowie aus Rücksicht auf die auf dem Spiele stehenden großen Werte von Beginn der Räumung ab die Waffen ruhen. Sie weist zur Vermeidung von Mißverständnissen darauf hin, daß eine geordnete Räumung Wochen in Anspruch nimmt. Die Deutsche Regierung stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt von Kommissionen der beteiligten Mächte herbeizuführen, denen es obliegen würde, die für Waffenruhe und Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Eine Räumung der besetzten Gebiete des ehemaligen Russischen Reiches ist zur Zeit bei der Unsicherheit der dortigen Zustände im Interesse der Bevölkerung unmöglich. Sie wird aber nach Maßgabe der Wünsche der Bevölkerung in gegenseitiger Vereinbarung ausgeführt werden. Gegen die Räumung Rumäniens hat die Deutsche Regierung grundsätzlich nichts einzuwenden.“

gez. Berckheim

Eigenhändige Randbemerkung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Dr. Solf:

„Nach telephonischer Mitteilung des Oberst von Haefen hat Feldmarschall von Hindenburg seine Bedenken gegen die heut gestellte Fassung fallen lassen. Er ist mit dem letzten Entwurf der Note einverstanden.“

11. X. Solf“

\*) Gesperrt im Original.



**Besprechung beim Reichskanzler am 11. Oktober 1918**

Protokollauszug

Anwesend:

Reichskanzler Prinz Max von Baden,  
Vizekanzler von Payer,  
Kriegsminister Scheüch,  
Staatssekretär Ritter von Mann,  
„ Freiherr von Stein,  
„ Bauer,  
„ Trimborn,  
„ Dr. von Krause,  
„ Rüdlin,  
„ Dr. Solf,  
„ Graf Rödern,  
„ Dr. Friedberg, zugleich als Vertreter der national-  
liberalen Partei,  
„ Gröber,  
„ Scheidemann,  
„ Erzberger,  
Unterstaatssekretär Dr. Lewald,  
„ von Stumm,  
„ z. D. Wahnschaffe,  
Ministerialdirektor Deutelmoser,  
Oberst von Haefen

Dr. Solf verliest den neu formulierten Text der Antwortnote . . .

Reichskanzler verliest die Note Wilsons und erläutert sie. Die Oberste Heeresleitung sei für die Friedensaktion scharf eingetreten, sie wünsche, daß wir zur Räumung unsere Zustimmung geben.

Dr. Solf erklärt es für notwendig, daß alle Staatssekretäre ausdrücklich zustimmen.

Freiherr von Stein erklärt, das nur zu können, wenn ihm alle Verhandlungen, insbesondere die Äußerungen der militärischen Instanzen, bekannt seien.

Scheüch aufgefordert, sich über die militärische Lage zu äußern, hält das für seine Person nicht möglich . . .

von Haefen erklärt die Zustimmung des Generals Ludendorff zum Entwurf der Note, wünscht aber statt „Räumungsverlangen“ „Räumungsvorschlag“ zu setzen.\*)

\*) Sperrungen im Original.



Deutelmöser verliest die Äußerung des Obersten Heye in der Besprechung vom 9. Oktober und Exzellenz Ludendorffs Zustimmung dazu.

von Haeflten meint, Exzellenz Ludendorff habe die Lage wohl nicht ganz so bedrohlich angesehen wie der Oberst Heye.

Reichskanzler Prinz Max von Baden erwidert darauf folgendes: Am Abend des 1. Oktober sei ihm der Reichskanzlerposten angeboten worden mit dem gleichzeitigen Verlangen, sofort die Friedensvermittlung Wilsons nachzusuchen. Er habe sich dagegen gesträubt und mindestens acht Tage warten wollen, um die neue Regierung zu konsolidieren und nicht den Eindruck hervorzurufen, als handeln wir bei unserer Bitte um Friedensvermittlung unter dem Drucke eines militärischen Zusammenbruches. Am gleichen Abend habe eine Besprechung zwischen ihm, dem Feldmarschall von Hindenburg und den Herren von Berg, von Payer und von Hintze stattgefunden\*). Im Verlaufe dieser Unterredung habe er mehrmals an die Oberste Heeresleitung im Großen Hauptquartier die telephonische Anfrage richten lassen, ob nicht mit der Note gewartet werden könne. Darauf sei vom General Ludendorff die telephonische Antwort erteilt worden, wenn er, der Prinz, am nächsten Morgen um 10 Uhr noch nicht Reichskanzler sei, so solle lieber der Vizekanzler Herr von Payer noch heute abend die Note unterzeichnen. Durchgesetzt hätten die Oberste Heeresleitung und der Staatssekretär von Hintze die Note an Amerika gegenüber Bedenken, die sowohl er selbst, als die Herren von Payer und Solf hatten. So stark sei damals das Drängen der Obersten Heeresleitung gewesen. In der jetzt zu entwerfenden Note handele es sich um die Konsequenz jenes ersten Schrittes. Vielleicht sei jetzt etwas mehr Ruhe bei der Obersten Heeresleitung, aber sie halte doch fest an der Forderung eines sofortigen Waffenstillstandes.

von Haeflten erklärt auf Anfrage diese Darstellung für richtig, nur habe er die telephonische Antwort des Generals Ludendorff auf die Anfrage des Prinzen nicht mehr ganz genau in der Erinnerung.

von Payer erklärt hierzu, das Telephonat habe ausgesprochen, wenn Prinz Max bis heute abend 7 Uhr Reichskanzler sei, könne bis zum nächsten Morgen um 10 Uhr gewartet werden, sonst müsse die Note sofort mit seiner, Payers, Unterschrift abgesandt werden.

Dr. Solf: Er habe ebenfalls den Feldmarschall von Hindenburg gefragt, ob wir nicht acht oder wenigstens vier Tage Zeit hätten. Der Feldmarschall habe erwidert, darauf könne er keine bestimmte Antwort geben, und seine Erwidernng mit den Worten geschlossen: Machen Sie schnell, machen Sie schnell.

---

\*) Anmerkung bei der Herausgabe: Die Erwähnung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg ist irrtümlich, wie sich aus dem folgenden Satz des Textes ergibt. Auch Ludendorff erklärt, daß Hindenburg zu diesem Zeitpunkte nicht in Berlin gewesen ist (Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot S. 46).



von H a e f t e n : Das Telephonat sei von Herrn von Payer richtig wiedergegeben. General Ludendorff meinte, 14 Tage würden wir wohl noch halten können, aber dann könne die Krisis eintreten und deshalb sei eine Verzögerung von vier Tagen schon viel. Im Großen Hauptquartier sei man sich auch über die Schwierigkeiten der neuen Regierungsbildung nicht hinreichend klar gewesen.

von P a y e r : Das Telephonat sei keineswegs das einzige Drängen gewesen.

(Folgt Beratung anderer Fragen.)



**Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff  
an den Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes  
Oberst von Haefen**

Telegramm

Abgegangen: Nachmittag — Angekommen: 8 Uhr 40 Min. nachm.

Großes Hauptquartier, 11. Oktober 1918

Eilt sehr!

Zum Schreiben des Reichskanzlers vom 8. Oktober 1918\*) an mich bitte ich, folgende Antwort zu übermitteln:

Seite 1: zu 1: Die Rheinprovinz kann noch längere Zeit gehalten werden, da sie von unsern jetzigen Stellungen weit entfernt liegt. Auf Elsaß-Lothringen ist jedoch jederzeit ein Angriff möglich, wenn auch augenblicklich nicht wahrscheinlich.

Seite 1: zu 2: Die Gefahr des Zusammenbruchs hat immer bestanden. Ich befürchte ihn nicht, er ist aber möglich.

Seite 2: zu 3: Es kann noch mehrere Wochen mit Großangriffen gerechnet werden. Werden sie vom Feinde eingestellt, so ist der Gefahrpunkt überschritten.

Seite 2: zu 4: Ja, durch Ausscheiden von Reservern, Möglichkeit der Ruhe für einen großen Teil des Westheeres, Heranziehung allen verfügbaren Ersatzes (Einstellung des Jahrganges 1900).

Seite 2: zu 5: Der monatliche gegen Ausfall nicht gedeckte Fehlbetrag an Mannschaften beträgt mindestens 70 000 Mann. Der Materialersatz ist hinreichend.

Seite 2: zu 6: Wenn eine Kampfpause im Westen eintritt, ja!

Seite 2: zu 7: Eine *levée en masse* bringt keinen ausreichenden Kräftezuwachs, wohl aber energische Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und Erfassung des tatsächlich noch vorhandenen Materials.

Seite 3: zu 1: Keine bedingungslose Annahme, sondern Gegenbedingungen.

Zu 1a: Ja!

Zu 1b: Es muß eine Demarkationslinie bestimmt werden. Die Neutralität Belgiens muß erreicht werden.

Zu 1c: Die Erklärung kann gegeben werden.

Seite 3: zu 2: Innerhalb 2 bis 3 Monaten. Die Räumung muß abschnittsweise erfolgen.

Seite 4: zu 3: Wenn die Grenze sofort ausgebaut wird, ja!

Seite 4: zu 1: Nein.

gez. Ludendorff

\*) Nr. 36 dieser Sammlung.



**Besprechung beim Reichskanzler  
am 12. Oktober 1918**

Protokollauszug

Anwesend:

Der Herr Reichskanzler,  
Exzellenz von Payer,  
„ Graf Rödern,  
„ von Krause,  
„ Freiherr von Stein,  
„ Dr. Solf,  
„ Ritter von Mann,  
„ Rüdlin,  
„ Groeber,  
„ Erzberger,  
„ Friedberg, zugleich als Vertreter der nationalliberalen  
Partei,  
„ Scheüch,  
Unterstaatssekretär z. D. Wahnschaffe,  
„ Lewald,  
„ Freiherr von Stumm,  
Oberst von Haef ten,  
Ministerialdirektor Deutelmoser

Oberst v o n H a e f t e n teilt den Wunsch des Feldmarschalls mit, daß die Voraussetzung ausgesprochen wird, daß auch die Alliierten Amerikas sich auf die 14 Punkte festlegen. Er sieht darin eine Rückversicherung gegen weitergehende Ententevorschläge . . . .

Oberst von Haef ten erwähnt, daß Feldmarschall von Hindenburg in der Nacht nochmals habe bitten lassen, den von ihm empfohlenen Zusatz mit einzufügen. Die Staatssekretäre von Krause und Graf Rödern befürworten das, ebenso der Staatssekretär Erzberger . . . .

Oberst von Haef ten schlägt folgende Fassung vor: „Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die anderen Regierungen der Alliierten sich auf den Boden der Kundgebung des Präsidenten stellen.“ Die Staatssekretäre Solf, von Krause, Erzberger erklären dies für annehmbar . . . .

. . . Exzellenz Solf verliest nochmals den Text der Note mit dem Zusatz der Obersten Heeresleitung.

Auf die Frage des Reichskanzlers, ob alle Herren einig seien, erklärt

Ritter v o n M a n n, er sei einverstanden, obwohl er im Zweifel sei, ob Wilson als Idealist oder als Trustmagnat handle. Aber die Kriegslage sei entscheidend. Vom Marinestandpunkt werden zwar durch Rückzug und



Waffenstillstand sehr viel aufgegeben (Aussetzen des U-Boot-Krieges, 500 000 Tonnen im Monat, mögliche Besetzung Hollands, der Schelde durch England, Bedrohung Wilhelmshavens). Ludendorffs Ansicht aber sei entscheidend. Er nähme die Fassung der Note an.

Exzellenz von Payer: Ist jetzt auch die Oberste Heeresleitung einverstanden?

Oberst von Haefen erklärt, er glaube es. Er wird sofort das nötige feststellen.

Exzellenz Graf Rödern weist darauf hin, daß der Feldmarschall positiv zustimmen müsse, nicht nur seine Bedenken zurückstellen . . . .



*Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter von Mann  
an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf*

Schreiben

Berlin, den 12. Oktober 1918

Ganz geheim

Eurer Exzellenz beehre ich mich, in der Anlage Niederschrift meiner Stellungnahme in der Sitzung der Staatssekretäre vom 12. Oktober zu der an den Präsidenten Wilson abzusendenden Antwortnote ergebenst zu übersenden.

gez. M a n n

An  
den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes  
Herrn Dr. Solf, Exzellenz

Hier

N i e d e r s c h r i f t

Berlin, den 12. Oktober 1918

Heute wurde die Beratung der Antwortnote an Präsident Wilson fortgesetzt und beendet. Nachdem General Ludendorff erklärt hatte, daß die Armee durchbrochen werden könne, daß ein weiteres Halten der Westfront einem Hasardspiel gleichkäme, daß die Armee Ruhe brauche, um sich zu erholen, nachdem sich ferner Generalfeldmarschall von Hindenburg mit dem Text der Note einverstanden erklärt hat und nur einen Zusatz wünschte, der auch Aufnahme fand, habe ich in der Sitzung der Staatssekretäre etwa folgendes erklärt:

Schweren Herzens stimme ich der Antwort zu, nachdem die höchsten militärischen Autoritäten die Lage der Armee, wie geschehen, geschildert haben. Ich bin mir darüber klar, daß wir uns durch die Antwort vollständig in die Hand Wilsons geben, ob des Idealisten, Völkerbeglückers Wilson, der durch Herbeiführung eines gerechten dauernden Weltfriedens der größte Mann des Jahrhunderts wird, ob des Wilson, der an der Spitze der Trustmagnaten und großkapitalistischen Gruppe uns wirtschaftlich erdrosseln wird, das weiß ich nicht. Ist das letztere der Fall, so haben wir wohl — was gestern zur Diskussion gestellt wurde — das Recht, nach Rückzug auf die deutschen Grenzen weiterzukämpfen. Ob wir aber die Macht haben, dann noch erfolgreich weiterzukämpfen, ist eine andere Frage. Es liegt mir fern, die Ansicht Ludendorffs, daß die deutsche Grenzfront zu halten ist, zu kritisieren. Ich weise aber nur hin auf das, was die Marine angeht: auf die Gefahr, die dem deutschen Industriegebiet durch feindliche



Kanonen und Flieger droht, auf die Gefahr, der der U-Boots-Stützpunkt Emden und der Flottenstützpunkt Wilhelmshaven ausgesetzt ist, wenn die Entente durch Holland in die Schelde eindringt\*). Antwerpen haben wir ja geräumt. Ferner geben wir der Entente einen ungeheuren Vorteil durch die Einstellung des U-Boot-Krieges für den Fall, daß die Friedensverhandlungen wieder abgebrochen werden. Das bedeutet für uns einen Ausfall an Versenkungen von monatlich 4—500 000 Tonnen. Wir legen also die einzige Offensivwaffe, die wir noch besitzen und die zum guten Frieden führt, dadurch mit Sicherheit lahm. Nachdem ich diese Bedenken vorgebracht habe, muß ich sie in Anbetracht der Stellungnahme der Obersten Heeresleitung zurücksetzen.

---

\*) Randbemerkung von der Hand des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Dr. Solf: „Wird sie nicht“.



Nr. 46

***Der Chef des Generalstabs des Feldheeres  
Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler  
Prinzen Max von Baden***

Telegramm

Angekommen: 12. Oktober, 2 Uhr 50 Min. nachm.

Großes Hauptquartier, 12. Oktober 1918

Ich und General Ludendorff stimmen dem vom Obersten von Haeften  
am 12. Oktober 12 Uhr 30 Minuten telephonisch mitgeteilten Wortlaut der  
Antwort an Wilson zu.

gez. von Hindenburg



Nr. 47

**Deutschlands zweite Note**

Abgegangen: 2 Uhr 5 nachm.

Berlin, den 12. Oktober 1918

In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die deutsche Regierung:

Die deutsche Regierung hat die Sätze angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Ansprachen als Grundlagen eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.

Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Kundgebung des Präsidenten Wilson stellen.

Die deutsche Regierung erklärt sich im Einverständnis mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes dem Räumungsvorschlage des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

gez. Solf,

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes